

Bericht des Vorstandes
anlässlich der
23. Sitzung der Vertreterversammlung
der KV Thüringen am 23. Februar 2022

Teil I

Berichterstatterin:

Dr. med. Annette Rommel

1. Vorsitzende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir befinden uns im dritten Jahr der Pandemie und Corona ist überall das Top-Thema, natürlich auch in unseren Reden. Bei der Vertreterversammlung im Februar 2020 bin ich im letzten Abschnitt meines Berichtes auf Corona als neue Herausforderung eingegangen und das, was ich da als Ziel formuliert hatte, wie Mitglieder zu informieren und zu entlasten sowie Schutzkleidung zu beschaffen, haben wir tatsächlich auch schnell umgesetzt. Aber es wurde im Laufe der zwei Jahre noch sehr viel mehr. Wir haben jeden Tag dazugelernt und unsere Flexibilität bewiesen. „Eine Panikmache ist kontraproduktiv“, hatte ich damals gesagt. Auch daran haben wir uns gehalten. Aber wir konnten uns der Panikmache von der Politik und auch von einigen Wissenschaftlern nicht entziehen. Einerseits wurden exakte wissenschaftliche Analysen und Modelle vorgestellt, andererseits wurden apokalyptische Szenarien aufgebaut, die am Ende nicht eingetreten sind. Gut, dass man davor gewarnt hatte. Am Ende konnte man nicht alles vorhersehen, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben. Wir haben uns verändert, ebenso wie die Gesellschaft um uns herum. Corona-Leugner, Impfgegner, Drohungen gegen Ärzte, die impfen, gefälschte Impfausweise, Briefe von „besorgten“ Kollegen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht, alles Dinge, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wo wir unsere Kollegen unterstützen und auch rechtlich dagegen vorgehen.

Wo stehen wir jetzt? Geht es uns wie Faust? „Da steh ich nun, ich armer Tor und bin so klug als wie zuvor.“ Ganz so ist es wohl nicht. Aber trotz eines hohen Wissenszuwachses bestehen noch viele Unklarheiten über das Virus und die zukünftige Entwicklung. Auch das Lavieren der Politik lässt viele Fragen offen. Ist die Inzidenz das Maß aller Dinge? Sollten Entscheidungen an der Belegung von Intensivbetten festgemacht werden? Im Juni 2021 fanden wir die Inzidenz von 44 in Thüringen als höchste in Deutschland besorgniserregend. Heute haben wir ganz andere Zahlen bei einer Mutation, die offenbar als weniger gefährlich einzustufen ist. Welches Maß für welche Maßnahme?

Fakt ist, dass wir trotz aller Maßnahmen den Wellen immer hinterher geschwommen sind und die Erklärungsversuche dazu vielfältig waren. Wir waren und sind einem extrem dynamischen Geschehen ausgesetzt.

Es gab jedoch auch Konstanten. Eine davon waren Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen - die Ärztinnen und Ärzte Thüringens und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Mit Ihrem großen Engagement haben Sie einen Schutzwall vor den Krankenhäusern aufgebaut. 13 von 14 an COVID erkrankten Patienten wurden im ambulanten Setting behandelt. Die Intensivstationen und ihre Belegschaft kamen an ihre Grenzen. Die befürchtete Überlastung des Gesundheitswesens ist jedoch nie generell eingetreten - punktuell schon. Dafür gab es aber sehr gute und auch schon vorher erprobte Lösungen durch die Vernetzung der Krankenhäuser, die in unterschiedliche Level eingeteilt waren und noch sind. Der Preis für diesen Erfolg war die extrem starke Belastung aller Mitarbeiter und Ärzte in unseren Praxen. Dank und Anerkennung dafür kann man nicht oft genug betonen. Die Wertschätzung vonseiten des Bundes blieb jedoch bis dato aus. Die Forderung nach der finanziellen Würdigung des großen Einsatzes der medizinischen Fachangestellten fand keinen positiven Widerhall.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal bekräftigen, dass wir die Forderung nach einem Pflegebonus nachhaltig unterstützen. Wie jedoch jüngsten Meldungen zu entnehmen ist, wird er auch im stationären und ambulanten Pflegebereich eher sehr spärlich ausfallen.

Einer der aktivsten Bundestagsabgeordneten mit Meinungen zum Thema Corona war als Wissenschaftler und Politiker in gefühlt jeder Talkshow des Landes vertreten - jetzt ist er unser Gesundheitsminister, Herr Prof. Dr. Lauterbach. Bei seinem Antritt als „Gesundheitsminister der Herzen“ deklariert, jüngst als „Gesundheitsminister der Angst“ von der „Bild“-Zeitung beschrieben. Es wird berichtet, dass die Geschäfte im Bundesgesundheitsministerium noch nicht so ganz rund laufen sollen. Von KBV-Ebene wird aktiv der Kontakt gesucht zu Themen des Koalitionsvertrages, Prüfungen in der vertragsärztlichen Versorgung sowie der Testverordnung. Kontakt gibt es hauptsächlich zur Staatssekretär-Ebene. Es muss zunächst erst einmal Vertrauen aufgebaut werden. Die Vertrauensbildung zur Politik insgesamt wird jedoch stark gestört, wenn Prof. Lauterbach in einem seiner zahlreichen Talkshow-Auftritte apokalyptisch vor Öffnungen warnt und Bund und Länder kurz danach genau diese Öffnungsschritte gehen. Mit solchen Formaten kann man keine Politik machen. Vorschusslorbeeren halten im Allgemeinen nicht lange. Eine klare langfristige Strategie gegen die Pandemie statt eines Zickzack-Kurses bei allen wesentlichen Themen ist dringend erforderlich. Die Diskussion um die allgemeine Impfpflicht steht exemplarisch für die Unentschlossenheit und Führungsschwäche der Regierung.

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht dagegen wurde im IfSG Ende vergangenen Jahres zügig beschlossen. Die Diskussion darüber wird emotional geführt und in manchen Publikationen von Impfgegnern muss man den Eindruck erhalten, dass die Mehrzahl der Mitarbeiter im Gesundheitswesen nicht geimpft sind und nun schlagartig die Versorgung zusammenbrechen wird. Die tatsächlichen Zahlen für Thüringen kennen wir nicht. Ein interessantes Ergebnis aus einer Blitzumfrage des Zentralinstitutes für die kassenärztliche Versorgung sind auf den Folien 3 bis 5 dargestellt (**FOLIEN**). Es ist eine relativ kleine Population und sicher ist ein Meldungs-Bias darin. Aber beruhigend sind die Zahlen nicht. Die KV Thüringen wird weder prüfen noch Sanktionen irgendwelcher Art verhängen. Für uns ist jede Praxis und jeder Mitarbeiter versorgungsrelevant. Das Land Thüringen hat nach Absprache in der Bund-Länder-Kommission einen Stufenplan zum Vollzug der Impfpflicht erarbeitet. Ich zeige Ihnen den Zeitstrahl des Vorgehens in Thüringen (**FOLIE**). Wir sind optimistisch, dass wir keine Versorgungsprobleme haben werden und dass diese Impfpflicht zur Erhöhung der Impfquote unter den Mitarbeitern beiträgt.

Die Verquickung der Medizin und der Politik war in Zeiten der Pandemie sicher notwendig, führte jedoch auch in vielen Fällen zu Kompromisslösungen, die nicht immer zum Vorteil waren - dabei denke ich an Entscheidungen des RKI oder der STIKO. Herr Prof. Lauterbach ließ jüngst verlauten, dass die Entscheidungen des RKI und der STIKO erst mit ihm abzusprechen wären, bevor sie veröffentlicht werden. Auch Gerichte werden zu den Beschlüssen wie Genesenenstatus, Einmaligkeit der Impfung mit Johnson und Johnson usw. tätig. In der Summe alles sehr verwirrend für den normalen Bürger.

Für Ende März d. J. sind uns nun die weitgehenden Lockerungen angekündigt. Die Omikronwelle ist am Nachlassen. Die besten Instrumente gegen die Pandemie sind der nahende Frühling und Sommer. Trotzdem werden wir mit dem Virus leben müssen und die Herbstwelle kommt ganz gewiss. Ziel wäre es, davor zu surfen. Ob uns das gelingt, werden wir sehen.

Wie Sie wissen, hat die KV Thüringen im Rahmen der Pandemiebekämpfung zur Unterstützung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und unserer Mitglieder in der Vergangenheit bis zu 29 COVID-19-Abstrichstützpunkte und 4 mobile Teams betrieben und gegenwärtig sind es noch immer aktive 18 Stützpunkte. Davon ausgehend, dass mit Abflachen der momentan vorherrschenden Omikronwelle in den nächsten Wochen die Auslastung der Abstrichstützpunkte wieder massiv fällt und die Gesundheitsämter laut der Corona Testverordnung die Möglichkeit haben, Dritte mit der Testung zu beauftragen, haben wir als Vorstand der KV Thüringen beschlossen, zum 31.03.2022 alle Abstrichstützpunkte und mobilen Teams ersatzlos zu schließen. Daher ist es in Zukunft notwendig, dass die PCR-Abstriche in unseren Praxen auch weiterhin durchgeführt werden.

Dieses muss organisatorisch geklärt sein und kann ja sogar durch das Personal geschehen. Aufforderungen dazu sind in unseren Medien wiederholt erfolgt.

Das Impfen ist unzweifelhaft eine der wichtigsten Maßnahmen gegen die Pandemie, die wir aktiv ergreifen können. Eindrucksvoll hat das der Rückgang der Erkrankungszahlen und Todesfälle in den Pflegeheimen bewiesen, nachdem die Bewohner zu einem hohen Prozentsatz geimpft waren. Seit Beginn der Impfkampagne haben unsere niedergelassenen Vertragsärzte 1,58 Mio. Impfungen in ihren Praxen durchgeführt. In der 50. KW 2021 waren es in Thüringen insgesamt 155.000 Impfungen. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Impfkampagne in ihren Praxen unterstützt haben, bedanken!

Endlich haben wir es auch geschafft, auf mehrfachen Wunsch von Kollegen, die Möglichkeit zu eröffnen, eigene Termine in das Impfportal einzustellen. Aktuell beteiligen sich 106 Arztpraxen an der Vergabe von Terminen über das Buchungsportal www.impfen-thueringen.de. Diese Praxen stellen derzeit insgesamt rund 6.000 Impftermine zur Buchung bereit. Seit Beginn der Terminvergabe wurden insgesamt 1.200 Termine gebucht. Dies ist ein Anfang. Um jedoch die Impfstellen in ganz Thüringen sukzessive schließen zu können, ist es unbedingt erforderlich, dass noch wesentlich mehr Praxen Impftermine auch über das zentrale Impfportal anbieten. Das Thüringer Gesundheitsministerium hat uns mitgeteilt, dass es notwendig ist, dass es auch weiterhin in ganz Thüringen ein flächendeckendes Impfangebot über ein zentrales Impfportal geben sollte. Damit die Thüringer Impfkampagne durch die niedergelassenen Vertragsärzte übernommen werden kann, sollten wir von daher zumindest einen Teil unserer Impftermine über das Impfportal anbieten und so den Impfwilligen zeigen, wo sie sich impfen lassen können. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass 2,25 Mio. Impfungen bisher in den Impfstellen und -zentren sowie durch die mobilen Impfteams durchgeführt wurden. Diese Personen müssen wir über den in Thüringen etablierten Weg - dem Impfportal - abholen und ihnen in Zukunft eine alternative Möglichkeit anbieten. Unser Ziel ist dabei bereits in Sichtweite, denn wir wollen, Stand heute, im 2. Quartal die Impfstellen nach und nach schließen und die Impfkampagne alleinig in die Verantwortung unserer Mitglieder geben. Von daher sage ich: Helfen Sie uns auch weiterhin bei der Impfkampagne! Stellen Sie Ihre Impftermine unter www.impfen-thueringen.de bereit!

Ein ganz anderer Aspekt bei diesem Projekt ist auch die Nutzung der mittlerweile etablierten Strukturen für weitere Impfangebote z. B. Grippeimpfung, sodass auch jede bestellte Impfung in Thüringen möglicherweise sogar praxisübergreifend verimpft werden kann und kein Verwurf entsteht.

Die Impfquote in Thüringen bewegt sich schon seit einiger Zeit knapp unter 70 Prozent. Wir lassen nicht nach, für die Impfung zu werben. Deshalb haben wir zur weiteren Motivation der Bevölkerung drei kurze Videos auf YouTube präsentiert. Diese wurden für YouTube-Nutzer aus Thüringen mittlerweile über 3,6 Mio. Mal gezeigt. Einen weiteren Spot haben wir in Zusammenarbeit mit dem UKJ produziert. Dieser wird nicht nur bei YouTube, sondern auch auf Facebook gezeigt und lief bereits mehr als 1,1 Mio. (**Einspielen des "Medikamenten-Spots"**).

Den Umständen geschuldet muss das Thema Corona einen breiten Raum in meiner Rede einnehmen. Aber die KV Thüringen steht noch vor weiteren Herausforderungen und die Vertreterversammlung hat im vergangenen Jahr die Weichen für Zukunftsprojekte gestellt. Eine Verbesserung des Service für unsere Mitglieder ist unser stetes Anliegen. In erster Linie wollen wir eine zielgerichtete Unterstützung bei Praxisübergabe und -übernahme bieten, um möglichst viele Praxen inhabergeführt weiter bestehen zu lassen. Der Anfang ist gemacht. Zwei Mitarbeiterinnen arbeiten sich in die Thematik ein und beginnen Kontakte zu Kollegen aufzunehmen, um sie im Außendienst zu betreuen.

Das Projekt MVZ ist noch in der Abstimmungsphase. Am 11.03.2022 haben wir einen Termin bei unserer Aufsicht, um unser MVZ-Konzept vorzustellen und die weiteren Schritte abzustimmen. Schnelle Lösungen wird es hier nicht geben, dazu brauchen wir einen langen Atem.

Beim Thema Praxisnachfolge greifen bei uns in der KV viele Rädchen ineinander. Dazu gehört an erster Stelle die Abteilung Sicherstellung mit den Praxisberatern, die Stiftung, perspektivisch unser Außendienst und etwas früher ansetzend, unsere AG "Nachwuchs". Hier wird beständig an Ideen und neuen Formaten gearbeitet, um junge Ärzte für Thüringen und die Niederlassung zu gewinnen.

Trotz all widriger Bedingungen, mit Kontaktbeschränkungen und Testungen usw. fanden Veranstaltungen des Kompetenzzentrums und des Ärztescout kontinuierlich statt. Einige Seminartage des Kompetenzzentrums wurden in Präsenz durchgeführt, was von den Teilnehmern sehr positiv bewertet wurde. Medizin geht nicht ausschließlich online, wenn auch die Nutzung von Videokonferenzen eine zeiteffektive und sinnvolle Ergänzung für Fortbildungen und Austausch ist, wie wir alle in den letzten 2 Jahren erfahren haben.

Das Gleiche gilt für telemedizinische Anwendungen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der damit verbundenen Auswirkungen wollen wir auch zukünftig telemedizinische Versorgungslösungen gemeinsam mit Vertragspartnern als Unterstützung zur Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Thüringen erproben und umsetzen. Ein aktuelles Beispiel ist das sogenannte e-Konsil, welches wir gemeinsam mit der AOK PLUS entwickelt haben. Dabei wird es einem anfragenden Arzt möglich, niederschwellig mit einem Fachkollegen Kontakt aufzunehmen, Daten auszutauschen und ein Konsil zum Patienten durchzuführen. Der große Vorteil besteht darin, dass das e-Konsil direkt in das Praxisverwaltungssystem des Arztes integriert ist. Es gibt im EBM bereits entsprechende Gebührenordnungspositionen für telemedizinische Konsile, jedoch ist es unser Ziel, mit dem Vertragspartner auch zusätzliche Vergütungsaufschläge zu verhandeln und umzusetzen. Aktuell befinden wir uns mit der AOK-PLUS in einer finalen Vertragsausgestaltung. Das telemedizinische Projekt e-Konsil-Plus soll am 01.04. dieses Jahres starten.

Bisher existiert jedoch keine flächendeckende Lösung, da die großen PVS-Hersteller noch nicht mit im Boot sind. Diese Abhängigkeit davon kann die besten Projekte zum Scheitern bringen. Hoffen wir, dass es beim e-Konsil perspektivisch anders wird.

Andere telemedizinische Projekte werden folgen, allen voran der Telearzt im Bereitschaftsdienst. Vom Land Thüringen sollen telemedizinische Regionen gefördert werden, wo wir ebenfalls eine Beteiligung anstreben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den zurückliegenden zwei Jahren der Corona-Pandemie veränderte sich auch das Leistungsgeschehen und die Arzt-Patienten-Kontakte gingen zum Teil zurück. Trotz dieser Umstände können wir aus heutiger Sicht eine positive Honorarbilanz ziehen. Wenn wir die ersten drei Quartale des Jahres 2021 mit den ersten drei Quartalen des Jahres 2020 vergleichen, so ergibt sich ein GKV-Gesamthonorarzuwachs von 3 Prozent bzw. von 25,5 Mio. Euro. Die budgetierte Gesamtvergütung, also die MGV, ist um 1,5 Prozent und die EGV um 5 Prozent angestiegen. Bei den extrabudgetären Leistungen ist besonders hervorzuheben, dass die sogenannten TSVG-Konstellationen, wie Hausarztvermittlungsfälle, Neupatientenfälle in der offenen Sprechstunde und TSS-Vermittlungsfälle zu diesem deutlichen Zuwachs beigetragen haben. Dieser Honorarzuwachs macht sich insbesondere im fachärztlichen Vergütungsanteil bemerkbar. Dort stieg das Honorar von 513 Mio. Euro auf 541 Mio. Euro. Im hausärztlichen Vergütungsanteil ist das Gesamthonorar im Vergleichszeitraum faktisch konstant geblieben. Zu den konkreten Zahlen wird Herr Turk nachher noch ausführen. In den ersten drei Quartalen 2021 sind auch die Behandlungsfälle um 1,5 Prozent leicht angestiegen von 12,9 Mio. Fällen 2020 auf 13,15 Mio. Behandlungsfälle 2021. Bei den Hausärzten war der Anstieg knapp 3 Prozent und bei den Fachärzten 1 Prozent. Um pandemiebedingte Honorarverwerfungen auszugleichen, hatte der Gesetzgeber im Jahr 2020 bekanntermaßen einen Schutzschirm für die vertragsärztliche Versorgung gespannt. Insgesamt wurden im Jahr 2020 **294** Schutzschirmanträge positiv beschieden und eine Schutzschirmzahlung von **2,97** Mio. Euro ausgezahlt, davon entfielen 1,94 Mio. Euro auf EGV-Leistungen, die die Kassen zusätzlich zur Gesamtvergütung zahlen mussten. Der gesetzliche Schutzschirm lief zum 31.12.2020 aus. Sie haben in der Februar-Sitzung im vergangenen Jahr in einer Resolution vom Gesetzgeber eingefordert, für die geleistete Arbeit zur Abwendung der Bewältigung der Corona-Pandemie die Schutzschirmregelung zu verlängern. Das ist leider nicht eingetreten. Wir haben dennoch im vergangenen Jahr eine Regelung in den Honorarverteilungsmaßstab aufgenommen, um pandemiebedingte Honorarrückgänge zumindest im Bereich der MGV aufzufangen. Im 1. Quartal 2021 sind bei uns 124 Anträge eingegangen, von denen 27 positiv beschieden worden. Insgesamt wurden 143 TEuro ausgezahlt. Im 2. Quartal 2021 sind 102 Anträge bisher eingegangen, die sich noch in der Bearbeitung befinden. Man sieht deutlich, dass unser HVM mit dem IPV so etwas wie ein individueller Schutzschirm ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, „Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte verdienen gut“ war gestern die Headline im änd über dem Interview mit der neuen Vorstandsvorsitzenden des AOK Bundesvorstandes Frau Dr. Carola Reimann. Die AOK auf Bundesebene fordert, die mit dem TSVG eingeleitete Entbudgetierung wieder zurückzunehmen. Frau Reimann postuliert, die Patienten würden nichts merken von einer schnelleren Terminvergabe. Die Kassenverbände sind sich einig.

Schon Ende Januar 2022 lies der Verband der Ersatzkassen aufhorchen und forderte von den Ärzten eine Sprechstundenausweitung und ein besseres Terminmanagement. Nach Auffassung der Vorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen, Frau Ulrike Elsner, gäbe es beim Thema Wartezeiten erhebliches Verbesserungspotenzial. Sie verbindet ihre Kritik mit der Argumentation, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen allein zur Verkürzung der Wartezeiten zwischen Mitte 2019 und Anfang 2021 durch Vorgaben aus dem Terminservicegesetz fast 800 Mio. Euro extrabudgetäres Honorar an die Vertragsärzte ausgezahlt hätten und hier kaum Effekte zu erkennen seien. In dem Ausbau des Sprechstundenangebotes und einem besseren Terminmanagement durch vermehrte Onlinevermittlung sieht sie Mittel zur Verbesserung. Solche zielgerichteten, ergebnisorientierten Behauptungen genau jetzt in die Welt zu setzen, ist ein Angriff auf alle Ärzte und ihre Teams in Zeiten höchster Arbeitsbelastung in der Pandemie, wo – und ich betone es zum wiederholten Mal - das ambulante System die Überlastung von Kliniken und Intensivstationen verhindert hat. Es ist wie ein Schlag ins Gesicht der Vertragsärzte und ihrer Teams. Die Behauptung, Geld würde für die Versorgung keine Rolle spielen, sondern die Kooperation mit anderen Gesundheitsberufen wäre wichtig für die Ärzte und das möglichst in regionaler Budgetverantwortung und Einzelverträgen mit den Kassen deutet auf den Wunsch nach einem Preisdumping hin, den wir nicht im Geringsten akzeptieren können. Hier müssen wir wachsam sein und uns deutlich wehren. Die Fakten sprechen für sich. Seit 2016 mit Errichtung der Terminservicestellen wurden bis Ende 2021 in Thüringen knapp 48 Tausend Facharzttermine durch die Terminservicestelle vermittelt. Hinzukommen etwas mehr als 14 Tausend Termine bei Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Setzt man die vermittelten Termine ins Verhältnis zu den jährlichen Gesamtbehandlungsfällen ist das zugegebenermaßen ein relativ geringer Prozentsatz. Das zeigt, dass die Zusammenarbeit und Vernetzung unter den Fachkollegen im Allgemeinen funktioniert. Aber die Anzahl der vermittelten Termine ist trotzdem nicht außer Acht zu lassen. 62 Tausend Termine bei einer Bevölkerung in Thüringen von 2 Millionen!

Von den Patienten in Thüringen erhalten laut KBV-Versichertenbefragung 45 einen Termin innerhalb von 3 Tagen, 33 Prozent sogar sofort. Darüber besteht Zufriedenheit. Der direkte Kontakt zwischen Fachkollegen hat sich dabei besonders bewährt. Gleichzeitig haben wir im Rahmen einer Auswertung des vergangenen Jahres festgestellt, dass zwischen den von der TSS vermittelten Patienten im Vergleich mit den Daten in der Abrechnung eine deutliche Lücke klafft. Die sogenannte „No-Shows“-Rate von vermittelten und abgerechneten TSS-Patienten liegt im Jahr 2021 über alle Fachgruppen bei über 24 Prozent. Diese Tatsachen stellen wir der Kritik der Kassen entgegen. Unsere Mitglieder beschwerten sich zurecht, wenn vermittelte Patienten, teilweise mehrere in direkter Folge, nicht erscheinen, ohne Termine abzusagen. Diese Termine stehen dann unseren eigenen Patienten mit dringendem Behandlungsbedarf und solchen auf vorhandenen Wartelisten nicht zur Verfügung. Für die Praxis bedeutet das ein Umsatzausfall, da Personal und eigene Arbeitskraft vorgehalten muss. Für Patienten, die die vermittelten Termine nicht wahrnehmen, entsteht überhaupt kein Nachteil. Im Gegenteil, sie können die Strukturen der Terminservicestelle jederzeit unbegrenzt nutzen. Vielleicht kümmern sich die Kassen ja mal um ihre Versicherten, die angeblich einen dringlichen Termin brauchen, diesen letztendlich aber nicht wahrnehmen.

Die Herausforderungen werden nicht kleiner, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir als Vorstand haben den Schwung und die Kraft, diese auch in der Zukunft anzugehen und gemeinsam mit der Vertreterversammlung die KV Thüringen mit ihren Mitgliedern weiter nach vorn zu bringen. Ich denke da an die längst überfällige Notfallreform, die Begleitung der sogenannten Ambulantisierung im Sinne unserer Mitglieder, das Hochhalten der Freiberuflichkeit und die Betonung der Bedeutung des ambulanten Sektors, das Vertreten einer klaren Position gegenüber den Krankenkassen und der Politik, aktive Mitwirkung auf Bundesebene in der KBV, im Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, gezielte Nachwuchsarbeit und passgenaue Fortbildungen – alles mit dem Ziel, die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten und die ambulante Versorgung in Thüringen flächendeckend sicherzustellen.

Ich freue mich auf die Zeit der konstruktiven Arbeit für unsere Kollegen und die Patienten in Thüringen nach der Pandemie.

Bleiben sie optimistisch und gesund!

Es gilt das gesprochene Wort!